

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

2—2016
2,50 EUR

„Wir müssen
Energieeffizienz
neu denken“

EU-KOMMISSIONSVIZEPRÄSIDENT
MAROŠ ŠEFČOVIČ ERLÄUTERT DIE PLÄNE
FÜR DEN EU-WÄRMEMARKT


Sparsame Selbstzünder

Was wäre eigentlich, wenn
alle Autos mit Diesel führen?

Wege zur Wärmewende

Energieexperten erörtern
Potenziale im Gebäudebereich





Effizient ist, hinter den Wänden zu sparen. Nicht davor.

Machen Sie Ihr Zuhause energieeffizient und dämmen Sie Ihre Wände: Wir fördern das! Alle Informationen und Beratungen unter machts-effizient.de oder 0800 0115000

DEUTSCHLAND

MACHT'S

EFFIZIENT.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Energiepolitik ist Sozialpolitik



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.
Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder
Tablet anschauen zu können, benötigen Sie
eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das
oben stehende Symbol mit Ihrer Handy-
kamera und es öffnet sich automatisch der
Multimedia-Inhalt.

Im Februar hat die Europäische Kommission ihre „Heating and Cooling“-Strategie vorgestellt. Danach soll der Wärmemarkt künftig auf einer effizienten und umweltfreundlichen Energieversorgung beruhen, die zugleich kostengünstig und sicher ist. Die Verbraucher bleiben also im Mittelpunkt. Ist deshalb alles gut?

Es geht nicht nur um die Versorgungssicherheit, sondern auch um die Vielfalt der Versorgungsstrukturen, um den richtigen Energiemix. Und es geht um Effizienz. Schließt sich das aus? Ich meine, Nein. Gibt es Wettbewerb, bleibt Energie für die Verbraucher bezahlbar. Und das ist gerecht. Denn noch immer gilt: Energiepolitik ist Sozialpolitik.

Was muss also getan werden? Die Verbraucher müssen weiterhin die freie Wahl haben, die für sie kostengünstigste Energielösung zu finden. Kein Energieträger sollte ausgeschlossen oder schlechtergestellt werden. Nur dann kommt es zu echtem Wettbewerb. Eine vielfältige, technologieoffene und energieträgerneutrale Versorgung ist deswegen der einzig richtige Weg, die Energiepreise zu bremsen. Diesen Grundsatz gilt es zu wahren.

Beim „Heating and Cooling“ geht es aber auch um die Unterstützung, die Verbraucher und Gebäudemodernisierer erwarten, um mehr in die Steigerung der energetischen Effizienz zu in-

vestieren. Deshalb kann der individuelle Gestaltungsspielraum nicht groß genug sein. Und es braucht weniger Bürokratie.

Mehr denn je wird es zudem auf Fachkompetenz und unabhängige Beratung ankommen, zum Beispiel auf das qualifizierte Fachhandwerk und die Gebäudeenergieberater. Sie werden künftig stärker gefragt sein, wenn es um Energieeffizienz geht. Und es bedarf einer vertrauensbildenden Kommunikation der Europäischen Union und der Bundesregierung. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dazu gerade eine überraschend pfliffige Kampagne (siehe Seite 12) gestartet – das kann aber nur ein Anfang sein.

Vergessen wir auch nicht: Kaum eine kleine Gemeinde auf dem Land kann sich eine teure Leitungsinfrastruktur leisten. Es braucht deshalb auch eine flexible Versorgungsstruktur mit speicherbaren Energieträgern. Ich bin mir daher sicher: Auch künftig wird der traditionelle Brennstoffhandel eine wichtige Rolle spielen – nicht umsonst gehört er zu den Eckpfeilern einer flächendeckenden, sozialverträglichen und für Mensch und Umwelt sicheren Energieversorgung. Dafür lohnt es sich, zu streiten. Denn klar ist: Die ambitionierten energiepolitischen Ziele der Europäischen Union sind nur zu erreichen mit Markt, Wettbewerb – und dem mittelständischen Brennstoffhandel. ■



6

Schwerpunkt Ambitionierte Absichten

Damit das Pariser Klimaabkommen kein leeres Versprechen bleibt, will die EU, dass ihre Mitgliedstaaten künftig anders heizen.



12

Entdeckung der Sparsamkeit

Die Bundesregierung will Verbraucher und Unternehmen für das Thema Energieeffizienz gewinnen.

16

Wo steht die Wärmewende?

Energieexperten sprechen über Erfolge, Versäumnisse und mögliche Lösungen für den Gebäudereich.



5 ·	Hingeguckt	<i>Schmierstoffe</i>	Kurvenöl für eine gute Nacht
6 ·	Schwerpunkt I	<i>Von Paris nach Brüssel</i>	Europas Pläne zur Erfüllung der Klimaziele
9 ·	Schwerpunkt II	<i>Interview mit Maroš Šefčovič</i>	„Wir wollen Energieeffizienz in allen Bereichen“
11 ·	Klartext	<i>Die Energie-Kolumne</i>	Henning Krumrey über teure Illusionen
12 ·	Zur Sache	<i>Gabriels neue Offensive</i>	„Deutschland macht's effizient“
14 ·	Was wäre, wenn ...?	<i>Energiewende mal anders</i>	So sparsam sind Dieselmotoren
16 ·	Debatte	<i>Gebäudesektor im Fokus</i>	Meinungen zur Wärmewende
20 ·	Report	<i>Pumpspeicherkraftwerk Nethe, NRW</i>	Wie ein Projekt an Regularien scheitert
22 ·	Kompakt	<i>Grün-Schwarz ist die Hoffnung</i>	Neues aus der Welt der Energie
24 ·	Porträt	<i>Innovationsfreudig seit 145 Jahren</i>	Zu Besuch bei Knittel MobileEnergie
26 ·	60 Sekunden über ...	<i>anspruchsvolle Autofahrer</i>	Die Tankstelle als moderner Treffpunkt

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.) **CHEF VOM DIENST** Heiko Reckert **CHEFREDAKTEUR** Florian Flicke **REDAKTIONSLEITUNG** Björn Larsen **REDAKTION** Frank Burger, Dirc Kalweit, Henning Krumrey, Florian Sievers **ART DIREKTION** Periodical.de **BILDREDAKTION** Karin Aneser **VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT** planet c GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.planet.c **VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRUNG** Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe **PROJEKTLEITUNG** Philipp Werthmüller **ANZEIGENLEITUNG** Heiko Reckert, Tel. 030/755414-416 **DRUCK** Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg **LITHO** TiMe GmbH **ADRESSÄNDERUNGEN** Heiko Reckert, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 **ISSN 2195-4445** Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.



Anti-Quietsch-Aufschweißung. Allein der Klang dieser Drei-Wort-Kopplung lässt erahnen, dass das Procedere dahinter an der Realität scheitern könnte. In München, genauer am Bunzlauer Platz in Moosach, können sie davon ein Lied singen – und ein Gute-Nacht-Lied ist es freilich nicht. Ständig quietschen und kreischen die Bahnen durch die Tramwendeschleife der Linie 20. Also sollte das, was kompliziert klingt, die seit Jahr und Tag ramponierten Nerven der Anwohner entspannen. Doch das Aufschweißen weicheren Materials misslang. Der Stahl der Schienen konnte einfach keine Verbindung herstellen. Gut, dass es Schmierstoffe gibt, die sofort und flexibel einsetzbar sind, werden die Macher der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wohl gedacht haben. Sie lassen ihre Schmiertrupps jetzt des Öfteren ausrücken, um die Kurve mehrmals pro Woche händisch zu ölen. —

DIE WELT HAT'S VERSprochen ...

TEXT Björn Larsen und Florian Sievers

Nach der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens sollen die ambitionierten Absichten mit Leben gefüllt werden. Die EU will die Energiemärkte ihrer Mitgliedstaaten enger und grenzüberschreitend verknüpfen. Der Wärmemarkt soll intelligenter, effizienter und nachhaltiger werden.



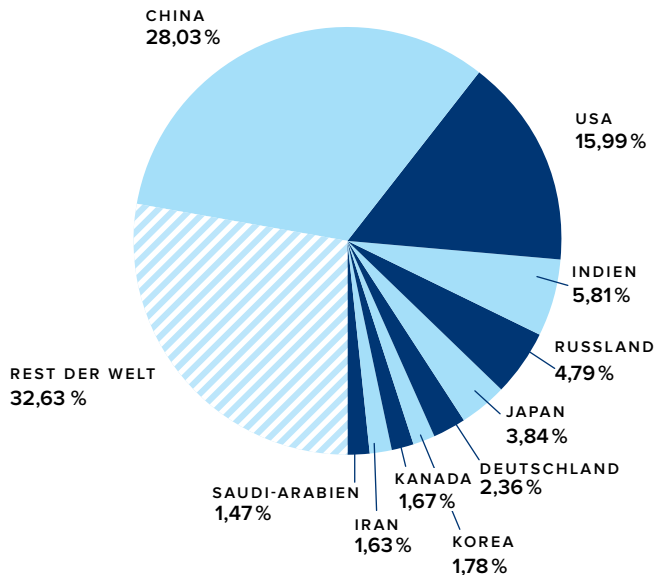
Es war ungewohnt für die Staats- und Regierungschefs sowie die sonstigen Ländervorteiler, die sich im April dieses Jahres im New Yorker UN-Hauptquartier versammelt hatten: Sie mussten Schlange stehen, um ihre Unterschrift zu leisten. Die Vertreter von mehr als 170 Staaten waren zusammengekommen, um den Vertrag zu unterzeichnen, den die Teilnehmer des UN-Klimagipfels vier Monate zuvor in Paris ausgehandelt hatten. Erster in der langen Schlange war dabei der ehemalige Gastgeber, der französische Präsident François Hollande. Für Deutschland unterschrieb Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Von einem historischen Moment sprach anschließend der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, und er erklärte, das Abkommen habe „die Kraft, die Welt zu verändern“.

Die Gipfelteilnehmer hatten es sich in Paris nicht leicht gemacht: **Unter zähem Ringen handelten Vertreter von insgesamt 195 Staaten und der EU einen Vertrag aus.** Fachleute sahen die Konferenz als eine der letzten Chancen an, um die globale Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Die fast zweiwöchige Konferenz auf dem Ausstellungsgelände von Le Bourget in der Nähe des gleichnamigen Pariser Flughafens erinnerte streckenweise an einen Basar, so intensiv haben die Staatsvertreter um Details gefeilscht und gestritten. Doch am Ende fiel – nach einem Tag Verlängerung – der Hammer des Konferenzpräsidenten, und der Vertrag war angenommen. Das sei, so Hendricks zum Abschluss, „nicht das Ende, sondern der Anfang eines langen Weges“.

Bei Bedarf noch strengere Ziele
In 29 Artikeln auf gerade mal zwölf Seiten listet das sogenannte Pariser Abkommen nun auf, was die Menschheit gegen die weltweite Erwärmung zu tun gedenkt. Dazu kommen weitere 20 Seiten mit weniger verbindlichen Regelungen. **Gleich am Anfang hält der Vertrag fest, dass die Erderwärmung auf „weit unter“ zwei Grad und möglichst auf ein Plus von 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden soll.** Vor allem die kleinen Inselstaaten aus der Karibik und der Südsee, die sich durch steigende Meeresspiegel in ihrer Existenz be-

DIE ZEHN GRÖSSTEN CO₂-EMITTENTEN

Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen in 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2016

droht sehen, hatten für diese ambitionierte Zielsetzung gekämpft. Dazu wollen die Vertragsunterzeichner ihre Klimaziele künftig alle fünf Jahre überprüfen – und bei Bedarf sogar strengere Ziele festlegen. **Ab der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll die Menschheit unterm Strich überhaupt keine zusätzlichen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre pusten.**

Da sich Wirtschaft und Verkehr nicht vollkommen klimaneutral gestalten lassen, müsste man einen Teil des bereits ausgestoßenen Kohlendioxids wieder aus der Atmosphäre holen, beispielsweise über technische Anlagen oder durch vermehrtes Anpflanzen von Wäldern.

Entwicklungsländer können dem Pariser Vertrag zufolge auf finanzielle Hilfen bei der Anpassung an den Wandel hoffen. Reichere Länder sollen ihnen mit moderner Technologie und Know-how unter die Arme greifen, etwa beim Aufbau von Frühwarnsystemen. Staatliche und private Quellen müssen zudem ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar bereitstellen. Das Geld soll dabei nicht mehr nur von den Industrieländern kommen. Stattdessen sind auch zu Wohlstand gekommene Schwellenländer aufgerufen,



„Paris ist nicht das Ende, sondern der Anfang eines langen Weges.“

Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin

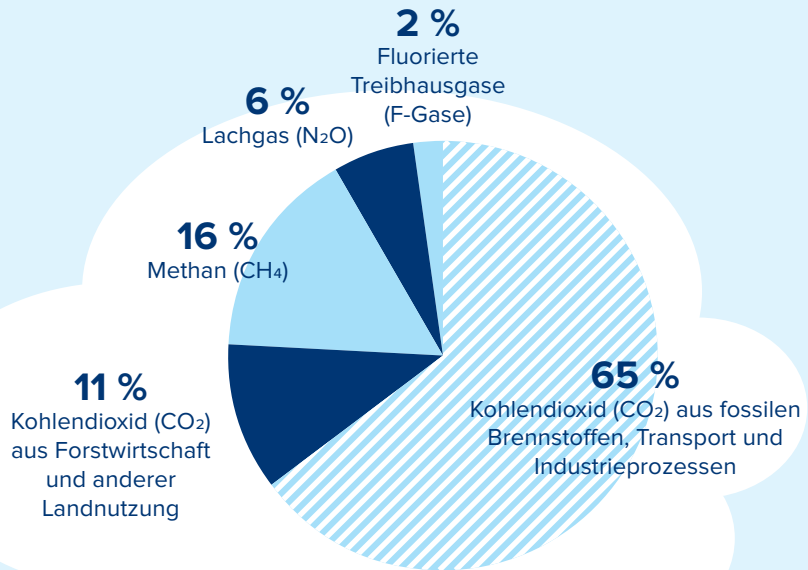


Fotos: FotografaBasica/E+/Getty Images, dts Nachrichtenagentur; Icon made by Freepik from www.flaticon.com

DIE TREIBHAUSGASE

Das Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft getreten ist und 2020 ausläuft, nennt sechs Treibhausgase: Kohlendioxid, Methan, Lachgas sowie die fluorierten Treibhausgase – das sind wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW), und Schwefelhexafluorid (SF6). Seit 2015 muss Stickstofftrifluorid (NF3) zusätzlich einbezogen werden.

Weltweit entfallen 76 Prozent der Treibhausgase auf Kohlendioxid, 16 Prozent auf Methan, sechs Prozent auf Lachgas und zwei Prozent auf die fluorierten Treibhausgase. Dabei unterscheidet der Weltklimarat zwei Arten von Kohlendioxid: nämlich solches, das durch Forstwirtschaft und andere Landnutzung (elf Prozent) freigesetzt wird, und jenes, das durch fossile Brennstoffe und Industrieprozesse (65 Prozent) entsteht. Kohlendioxid ist ein geruch- und farbloses Gas, dessen durchschnittliche Verweildauer in der Atmosphäre rund 120 Jahre beträgt.



Quelle: Weltklimarat (IPCC), 2014



„Ich will, dass die Energie, die die Grundlage unserer Wirtschaft bildet, krisenfest, zuverlässig, sicher sowie zunehmend erneuerbar und nachhaltig ist.“

Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission

weiterhin oder erstmals Mittel beizusteuern. Nicht nur hier nimmt das Pariser Übereinkommen Schwellen- wie Industrieländer gleichermaßen in die Pflicht. Das 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll hatte sich nur an die Industriestaaten gerichtet. Mittlerweile gehören jedoch einige Schwellenländer zu den weltweit größten Treibhausgas-Emittenten, allen voran China und Indien.

Mitgliedstaaten müssen zustimmen
 Bevor das Abkommen von Paris völkerrechtlich bindend ist, müssen es allerdings wenigstens 55 Staaten ratifiziert haben, die zusammen mindestens 55 Prozent des weltweiten Treibhausgasausstoßes verursachen. China und die USA wollen den Vertrag noch in diesem Jahr ratifizieren. **In der EU müssen zum einen der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament zustimmen, zum anderen alle 28 Mitgliedstaaten. In Deutschland geschieht dies voraussichtlich 2017.**

In den kommenden Monaten will die Europäische Kommission nun Vorschläge vorlegen, wie sich die Beschlüsse von Paris umsetzen lassen. International wird sehr genau registriert werden, ob und wie die EU die Vertragsbestimmungen in Gesetze gießt, um ihrer globalen Vorreiterrolle beim Klimaschutz weiter

gerecht zu werden. **Ein wichtiges Instrument der EU, um die Ziele von Paris zu erreichen, ist für den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker dabei die sogenannte Energieunion.**

Dahinter steht der Ansatz, die bislang hauptsächlich national organisierten Energiepolitiken und -netze der Mitgliedstaaten bis 2020 enger miteinander zu verknüpfen. So soll künftig etwa eine zentrale EU-Agentur die Zusammenarbeit der nationalen Energieregulierungsbehörden stärken. Vor allem aber setzt Juncker an fünf Punkten an:

ENERGIEBINNENMARKT

Künftig sollen die EU-Länder untereinander noch mehr Strom oder Gas handeln und sich bei Engpässen gegenseitig aus helfen. Schon jetzt haben beispielsweise Frankreich und Spanien die Leitungskapazitäten zwischen ihren beiden Ländern verdoppelt, die baltischen Staaten haben sich dem Strommarkt der nordischen Länder angeschlossen und das vorher isolierte Malta wird nun über Italien mit Energie versorgt.

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die EU-Staaten sollen ihre Energie künftig aus mehr unterschiedlichen Quellen von einem breiteren Spektrum an Lieferanten

beziehen. Damit würde sich die Europäische Union aus der Abhängigkeit von einzelnen Exportländern lösen. Zudem soll die Energieversorgung dezentralisiert und durch Eigenproduktion so weit wie möglich unabhängig von Importen werden.

VERHINDERUNG VON TREIBHAUSGASEN

Nach Einschätzung der EU-Kommission ist die Umstellung auf eine treibhausgas-sparende Energieversorgung unumgänglich. Statt Kohle, Gas und Erdöl sollen vor allem erneuerbare Energieträger die Versorgung sichern.

ENERGIEEFFIZIENZ

Energieeffizientere Gebäude und Verkehrsmittel sollen wesentlich dazu beitragen, den Energieverbrauch und damit den Ausstoß von Treibhausgasen in der gesamten EU zu senken. Erwünschter Nebeneffekt: Auf diese Weise muss die EU zudem weniger Geld für Brennstoffe aus Drittländern ausgeben.

FORSCHUNG UND INNOVATION

Verstärkte Investitionen in neue Technologien sollen schließlich dafür sorgen, dass sich Energie künftig mit weniger Kohlendioxid ausstoß erzeugen lässt und der Energiebedarf etwa von Zügen, Flugzeugen oder Lkw sinkt. Die neuen Technologien würden nicht zuletzt die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken.

Experten streiten, ob und wie sich die Energieunion in der Praxis umsetzen lässt. Schließlich nehmen die Planspiele wenig Rücksicht auf nationale Interessen oder geografische Eigenheiten – etwa die ablehnende Haltung Deutschlands zur Kernkraft oder das nicht immer einfache Verhältnis Polens zu Russland. Ein jüngst bekannt gewordener Entwurf eines internen Strategiepapiers der Kommission sorgte vor allem im Bundeswirtschafts- und im Bundesumweltministerium für Irritationen. Demzufolge könnte die EU ihre technologische Vorherrschaft im Nuklearsektor mit dem Einsatz von EU-Forschungsgeldern verteidigen und beim Bau neuer Reaktoren europaweit enger zusammenarbeiten. Zwar arbeiten Atomkraftwerke im Gegensatz zu Kohle- und Gaskraftwerken nahezu CO₂-neutral, die Fragen der Sicherheit und Endlagerung sind aber weiterhin nicht beantwortet.



INTERVIEW

Maroš Šefčovič – Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für die Energieunion

„ES GIBT KEINEN MASTERPLAN“

? Herr Šefčovič, was sind die wichtigsten Ziele der EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung? — Auf die Wärme- und Kälteerzeugung entfällt die Hälfte unseres jährlichen Energieverbrauchs. Das macht diesen Bereich zum größten Energiesektor der EU. Nur 18 Prozent der hierfür verbrauchten Primärenergie basieren auf erneuerbaren Energiequellen, während 75 Prozent auf der Verbrennung fossiler Brennstoffe beruhen, insbesondere Erdgas. Die Strategie bietet einen Rahmen, um effizienteres und nachhaltigeres Heizen und Kühlen in der EU-Energiepolitik zu verankern. Sie konzentriert sich auf eine steigende Energieeffizienz von Gebäuden sowie von Heizungs- und Kühlungsanlagen, auf einen wachsenden Anteil Erneuerbarer und will die Industrie beim Nutzen der Vorteile von Energieeffizienz unterstützen.

? Wie können diese Ziele erreicht werden? — Die Strategie fördert den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, indem intelligente Gebäude, Fernwärme und Kraft-Wärme-Kopplung besser in das Energiesystem integriert werden. Die Prioritäten der Strategie werden in den kommenden Energieunion-Initiativen und Gesetzesvorschlägen, wie der nächsten Energieeffizienz-Richtlinie und der Überprüfung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, umgesetzt.

? Was versteht die Kommission unter mehr Effizienz? — Der Europäische Rat hat 2014 verkündet, den Primärenergieverbrauch in der EU bis 2030 um mindestens 27 Prozent zu senken (*gegenüber dem prognostizierten künftigen Verbrauch, Anm. d. Red.*), und die Kommission wurde beauftragt, dieses Ziel bis 2020 mit Blick auf ein EU-Niveau von 30 Prozent zu überprüfen. Es ist daher notwendig, Energieeffizienz neu zu denken und als eigenständige Energiequelle zu behandeln. Das Rahmenwerk der Energieunion sieht einen umfassenden Ansatz zur Maximierung der Energieeffizienz in allen Maßnahmen vor – von der Überprüfung des Marktdesigns über die Energiekennzeichnung und Ökodesign-Verordnung bis hin zur Dekarbonisierung des Verkehrs und zu effizienteren Gebäuden. Ebenso – schließlich ist die meiste Arbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu tun – wird die Kommission die Mitgliedstaaten ermutigen und dabei unterstützen, der Energieeffizienz in politischen Überlegungen Vorrang zu geben.

? Die Kommission will Gebäuderenovierungen erleichtern. Wie? — Zwei Drittel des Gebäudebestandes in der EU sind ineffizient. Da die meisten dieser Gebäude noch im Jahr 2050 stehen werden, müssen wir einen Anreiz geben, sie auf einen ehrgeizigen Energieeffizienz-Standard zu heben. Investitionen in die Dämmung oder moderne Heizungs- und Kühlungsanlagen wie Wärmepumpen können kosteneffizient erhebliche Einsparungen bringen, gestützt auf flächendeckend verfügbare Technologien. Die Kommission prüft zurzeit die EU-Gebäude-richtlinie und wird im Herbst einen Vorschlag vorlegen.

? Gibt es einen Masterplan? — Es gibt keinen Masterplan, der für alle Länder geeignet wäre. Die Kombination einzelner Maßnahmen muss auf nationaler, regionaler und oft sogar lokaler Ebene festgelegt werden, weil die Produktion und der Verbrauch von Wärme und Kälte stark von nationalen und örtlichen Gegebenheiten abhängen. Dies wird eine weitere Analyse auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene erfordern, die auf verschiedene Detailstufen und kosteneffiziente Aspekte achten wird.

Auch wenn der Energiemix allein Sache der Mitgliedsländer sei, wie die Kommission im Zuge der Diskussion um die Atomkraft klarstellte, betont ihr Vizepräsident, der zuständige Kommissar für die Energieunion, Maroš Šefčovič: „Eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung lässt sich mit einem europäischen grenzübergreifenden Ansatz einfacher, schneller und billiger erreichen als rein national.“

Europa will die Effizienz erhöhen

Vor diesem Hintergrund stellte die Kommission in diesem Frühjahr ihre erste Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung in Europa vor. Dieses Koordinierungsinstrument soll dazu beitragen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, die Kosten zu senken und die Pariser Ziele zu erreichen. Ergo: die Effizienz maximieren und die Emissionen minimieren. Schließlich machen Heizen und Kühlen in Gebäuden und in der Industrie zusammen die Hälfte des jährlichen Energieverbrauchs der EU aus. Hier bestehen noch große Effizienzpotenziale.

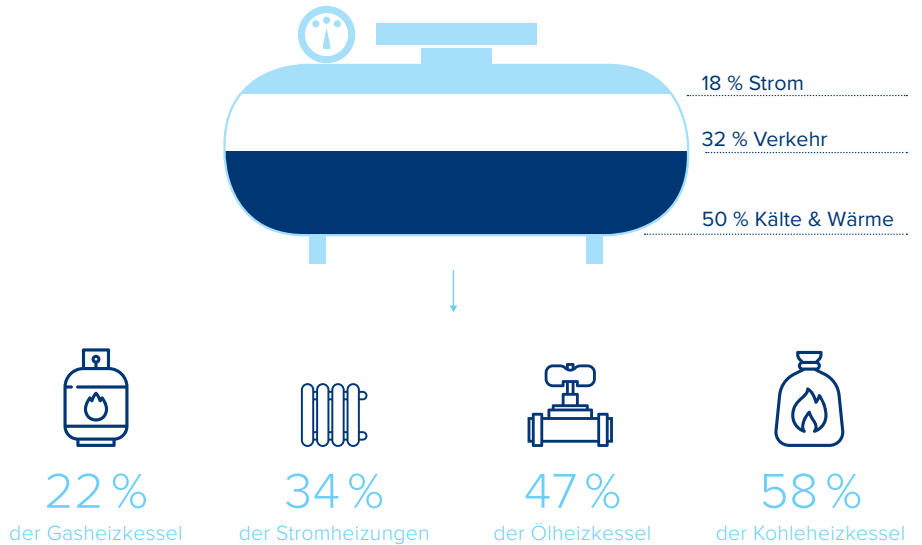
So weist fast die Hälfte der Gebäude in der Europäischen Union Heizkessel auf, die vor 1992 installiert wurden und einen Wirkungsgrad von gerade einmal 60 Prozent oder weniger erzielen. Dabei heizt wiederum fast die Hälfte mit Gas; jede zehnte Heizung wird mit Öl befeuert. Die Sanierungsquote stagniert europaweit bei weniger als einem Prozent.

Deshalb plant die Kommission nun, den Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 auf emissionsarme Energiesysteme umzustellen. Dafür will Brüssel unter anderem ein Maßnahmenpaket entwickeln, das die Renovierung von Mehrfamilienhäusern erleichtern soll. Veraltete Heizungen, so heißt es, sollen effizienten Anlagen weichen, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden oder Wärme aus Fernwärmenetzen beziehen.

Wobei Letzteres besonders in ländlichen Regionen keine ernsthafte Option darstellen dürfte, weil der dort benötigte Leitungsneubau nach Angaben der Unternehmen nicht ohne staatliche Subventionen realisiert werden könnte, dabei Monopolstrukturen entstünden und letztlich die gewohnte Energieversorgung der Bürger massiv an Flexibilität verlöre.

Die Kommission betont, dass der Verbraucher im Mittelpunkt der Strategie

Die Erzeugung von Kälte und Wärme schluckt die Hälfte des jährlichen Energieverbrauchs in der EU



haben ihre technische Lebensdauer überschritten

Die jährliche Sanierungsquote beträgt weniger als 1 %



Quelle: Europäische Kommission, 2016

stehen müsse, damit eine intelligente, effiziente und nachhaltige Wärme- und Kälte-erzeugung unter „Nutzung moderner Technologien und innovativer Lösungen“ realisiert werden kann. Denn am Ende kommt es vor allem auf die Akzeptanz in der Bevölkerung an. Ob dies bei alleiniger Fokussierung auf erneuerbare Energien, Wärmenetze und Atomkraft gelingt, darf bezweifelt werden. Nur ein breiter Technologie- und Energieträgermix gewährleistet beste Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz – und findet damit die Zustimmung bei den Bürgern vor Ort. ■

TEURE ILLUSIONEN

DIE WORTE KLINGEN ÄHNLICH: EFFEKTIV UND EFFIZIENT.
ABER SIE BEDEUTEN NICHT DASSELBE. DAS PROBLEM:
MIT DEM KLEINEN UNTERSCHIED WIRD POLITIK GEMACHT –
UND DER BÜRGER VERDUMMT.

Ich erinnere mich noch gut, wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Scheer beim UNITI-Kongress verkündete: „Das EEG ist ein effizientes Instrument, um den Ausbau der erneuerbaren Energien und insbesondere der Solarenergie voranzubringen.“

Ein Musterbeispiel der Sprachverwirrung: Effektiv ist eine Maßnahme, wenn sie das Ziel erreicht. Man kann seinen Küchenfußboden mit der Zahnbürste fegen, sie ist dafür ein effektives Instrument (anders als ein Kamm, bei dem Staub liegen bleibt). Doch effizient ist der Einsatz der Zahnbürste nicht. Mit einem Besen geht es besser.

Das Auseinanderklaffen von Effektivität und Effizienz lieferte die Politik schon immer. Der Bau von Sozialwohnungen schuf billige Bleiben. Aber effizient war er nicht, weil die

Stromversorgung in regenerative Quellen, um den Ausstoß von CO₂ zumindest hierzulande zu verhindern und die Abhängigkeit von Energieimporten zu beenden. Deutschland kommt diesem Ziel von Jahr zu Jahr näher, geht der Zubau von Solarpanelen und Rotoren doch munter weiter.

Aber: Für die teuerste Erzeugung – die Sonnenkraft im schattigen Deutschland – wurde die höchste Förderung spendiert. Etwa die Hälfte der EEG-Umlage fließt in die Solarenergie, obwohl sie nur 20 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren liefert. Die Bundesregierung packte so den Bürgern Zahllasten in dreistelliger Milliardenhöhe auf die Stromrechnung. Das EEG hat also gleich doppelt enttäuscht: Es war unglaublich ineffizient, aber leider auch unglaublich effektiv.

Nun rollt die nächste Energiewende-Subvention auf uns zu: die Kaufprämie für Elektroautos. Mit insgesamt 600 Millionen Euro will die Bundesregierung rund 400.000 Elektroautos hierzulande auf die Straße bringen. Der Haken: Die Stromer haben bisher beim deutschen Autofahrer keine Chance. Die Kisten sind auch inklusive Förderung noch etliche Tausender teurer als herkömmliche Modelle und ihre Reichweite ist meist mickrig.

Was tut die Bundesregierung? Wer einen Stromer kauft, bekommt 4.000 Euro Zuschuss (sofern sich der Hersteller zur Hälfte an den Kosten beteiligt). Die Unterstützung kommt einer Branche zugute, deren Gewinne im Jahr 2014 fröhliche 27 Milliarden Euro betragen. Und

deren Kunden bekommen eine Kaufprämie, damit die die Einführungspreise ihrer Zukunftsprodukte nicht senken müssen? Absurd!

Die Beispiele zeigen: Effizienz und Effektivität klaffen vor allem dann auseinander, wenn der Staat nicht nur das Ziel vorgibt, sondern auch den Weg vorschreiben will. Die Lösungen, die in den Amtsstuben erdacht werden, können in der Regel nicht so wirtschaftlich ausgefeilt sein wie jene aus der privaten Wirtschaft. Das ist kein Vorwurf gegen Beamte – woher sollten sie das Denken in ökonomischen Knappheiten haben, woher die Zeit, um die kosten- oder ressourcengünstigste Variante auszuknobeln.

Eine Politik, die auf Effektivität und gleichermaßen auf Effizienz achtet, gibt die Ziele vor. Zur Not verleiht sie ihnen mit Sanktionen Nachdruck, wenn die Praxis zeigt, dass die Vorgaben von allein nicht erreicht werden. Aber den richtigen Weg, den findet die private Wirtschaft schneller und günstiger. ■

„Die Lösungen, die in den Amtsstuben erdacht werden, können nicht so wirtschaftlich ausgefeilt sein wie jene aus der privaten Wirtschaft.“

Baukosten durch die Subvention in die Höhe schossen und mit der Zeit in den günstigen Apartments immer mehr Menschen hockten, die durch beruflichen Aufstieg eigentlich gar keinen Anspruch mehr hatten. Die dagegen mancherorts erprobte Fehlbelegungsabgabe war eher ein bürokratisches Monster, weder effektiv noch effizient.

Das EEG war und ist effektiv. Es drängt die deutsche Energie-, vor



HENNING KRÜMREY,
Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalistenschule. Energieexperte Krümrey war unter anderem stellvertretender Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“.

Die neue Sparsamkeit

TEXT Björn Larsen

Mit der Kampagne „Deutschland macht's effizient“ will Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel das Thema Energieeffizienz in die Haushalte tragen.



Effizient ist, beim Beheizen zu sparen. Nicht beim Anheizen.

Machen Sie Ihre Kommune energieeffizient und sparen Sie bei den Heizkosten: Wir fördern das! Alle Informationen und Beratungsangebote unter machts-effizient.de/kommune oder 0800 0115 000.

DEUTSCHLAND
MACHT'S
EFFIZIENT.

 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Die sauberste und günstigste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird. Energieeffizienz spart bares Geld. Mit Investitionen in Energieeffizienztechnologien modernisiert Deutschland sein Land und stärkt die Innovationskraft sowie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft.

Es sind klare Worte, die Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel spricht: „Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien allein wird nicht reichen, um die mit dem Energiekonzept und den Beschlüssen von Paris gesetzten Klimaschutzziele zu erfüllen. Hierfür ist eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs erforderlich.“ Berlin hat einen neuen Plan.

Mehrwert statt Verzicht

Die drei Kernelemente der im Mai vorgestellten Offensive „Deutschland macht's effizient“ lauten: Förderung, Beratung und Information. Bis 2020 will Gabriel mehr als 17 Milliarden Euro für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen zur Verfügung stellen. Wichtiger Baustein ist die begleitende Informationskampagne. Sie richtet sich an Verbraucher, Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen und soll zum Umdenken anregen: Energieeffizienz bedeute nicht Verzicht, sondern Mehrwert – für den Komfort zu Hause, für die Haushaltskasse und für die Umwelt. So die Botschaft.

„Die Kampagne kommt zur richtigen Zeit“, sagt Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der



„Es ist Zeit, dass wir mehr über Energieeffizienz reden.“

Andreas Kuhlmann,
Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena) und Sprecher der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea)



Deutschen Energie-Agentur (dena) und Sprecher der Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz (geea), die die Kampagne als Botschafter unterstützen. „Dass die Potenziale für Energieeffizienz in allen Bereichen groß sind, wissen die Experten schon lange. Aber viele Verbraucher hat das noch nicht richtig erreicht.“

Damit das gelingt, will das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) diejenigen Multiplikatoren einbinden, die in direktem Kontakt zu den Verbrauchern, Firmen und Kommunen stehen: etwa Wirtschafts-, Kommunal- und Handwerksverbände sowie Gewerkschaften.

„Ob Strom-, Kraftstoff- oder Heizungsverbrauch – die Erschließung der Potenziale ist heute, beispielsweise dank Energieberatung, deutlich einfacher als noch vor einigen Jahren, trotz niedriger Preise für Öl und Gas“, sagt Kuhlmann. Es sei an der Zeit, dass mehr für Energieeffizienz getan werde. „Gemeinsam mit der Bundesregierung und mit allen relevanten Akteuren am Markt.“

Mit der neuen Kampagne begehrt das BMWi einen frischen und teils mutigen Weg, um das doch eher trockene Thema Energieeinsparung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern.

DIE KAMPAGNE

Die Offensive „Deutschland macht's effizient“ sieht verschiedene öffentlichkeitswirksame Maßnahmen vor. Dazu gehören Infoflyer und Broschüren, die Website machts-effizient.de mit Informationen und Beratungsangeboten sowie Anzeigen, Plakate und ein Kinospot. Zusätzlich will das Wirtschaftsministerium Experten aus Verbänden, Handwerksbetrieben und Gewerkschaften als Botschafter gewinnen, die private Haushalte, Unternehmen und Kommunen direkt ansprechen.



DIESEL IST SUPER

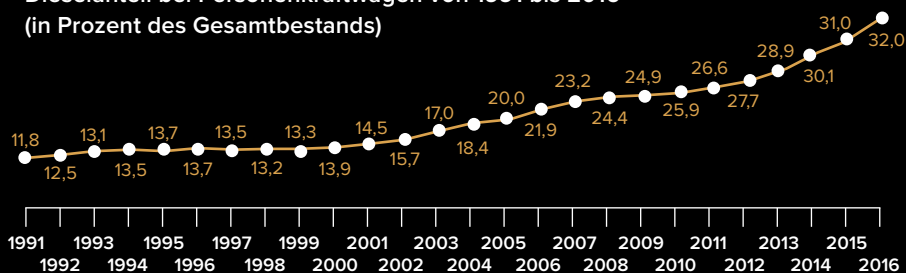
Was wäre eigentlich, wenn alle Autos mit Diesel führen? CO₂ würde jedenfalls reichlich eingespart – und das wollen ja bekanntlich alle.

TEXT Dirc Kalweit



DEUTSCHLAND FÄHRT AUF DIESEL AB

Dieselanteil bei Personenkraftwagen von 1991 bis 2016
(in Prozent des Gesamtbestands)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesverkehrsministerium



Der Antrieb trägt seinen

Namen: Rudolf Diesels erster Dieselmotor war mehr als doppelt so effizient wie die damaligen Dampfmaschinen.

Das Ziel war ganz schön ehrgeizig. Nichts weniger als die „ideale Wärmekraftmaschine“ schwebte Rudolf Diesel bei seinen Überlegungen zu einem neuen Motor vor. Und 1897 war es dann so weit: Der erste funktionstüchtige Dieselmotor erreichte einen Wirkungsgrad von knapp 26 Prozent. Damit war der Antrieb mehr als doppelt so effizient wie die damaligen Dampfmaschinen.

Heute liegt der Wirkungsgrad moderner Dieselmotoren bei etwa 45 Prozent, Benziner schaffen 37 Prozent. Dennoch wollen viele den Selbstzünder von der Straße verbannen. Aber was wäre eigentlich, wenn es keine Autos mit Dieselmotoren mehr gäbe? Schließlich verbrauchen moderne Dieselmotoren laut Verband der Automobilindustrie (VDA) nicht nur bis zu 25 Prozent weniger Kraftstoff als Benziner. Sie pusten auch bis zu 15 Prozent weniger Kohlendioxid in die Luft.

Oder umgekehrt gefragt: Was wäre, wenn alle Autos mit Diesel führen? Laut Statistischem Bundesamt betragen die gesamten CO₂-Emissionen deutscher Pkw im Jahr 2014 rund 111,7 Millionen Tonnen. Mehr als die Hälfte, fast 60,5 Millionen Tonnen, stammen dabei von Fahrzeugen mit Benzinmotoren. Wären diese Autos Dieselfahrzeuge der neuesten Generation, würde der Verkehrssektor in Deutschland rund acht Millionen Tonnen weniger CO₂ ausstoßen.

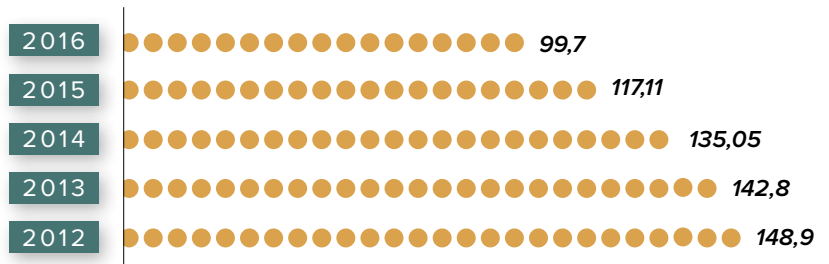
Wem das zu theoretisch ist: Auf der unabhängigen Internetplattform spritmonitor.de werden die CO₂-Emissionen zahlreicher Automodelle auf der Basis realer Verbrauchswerte berechnet. Platz eins belegt mit dem Audi A2 3L ein Diesel, noch vor den beiden Erdgasmodellen von Seat (Mii) und Skoda (Citigo). Selbst E-Autos sind beim derzeitigen

EINE SELBSTZÜNDENDE IDEE

Der nach seinem Erfinder benannte Motor ist ein Meisterstück deutscher Ingenieurskunst. Als Rudolf Diesel 1893 sein Patent auf „Arbeitsverfahren und Ausführungsart für Verbrennungskraftmaschinen“ erhält, legt er damit den Grundstein für sein neues Motorenkonzept. Die Idee des damals 35-Jährigen: Durch starke Komprimierung wird die Luft im Dieselmotor so sehr erhitzt, dass sich der eingespritzte Kraftstoff selbst entzündet. Im Gegensatz zum Ottomotor braucht es keine Zündkerzen. Im Jahr 1900 werden Diesels Triebwerke mit dem „Grand Prix“ der Pariser Weltausstellung ausgezeichnet. Auf dieser technischen Grundlage funktionieren Dieselmotoren noch heute.

DURCHSCHNITTLICHER PREIS FÜR DIESELKRAFTSTOFF

in den Jahren 2012 bis 2016 (Cent pro Liter)



68

PROZENT ALLER 2015 IN

DEUTSCHLAND NEU ZUGELASSENEN FIRMENWAGEN

HABEN EINEN DIESELANTRIEB.

Strommix nicht sauberer. Nur Autogas spart noch mehr CO₂.

Und die Stickoxide? Sie sind – wie beim Internationalen Wiener Motorsymposium vorgestellt – schon jetzt in den Griff zu bekommen. So ist der SCR-Kat beim neuen Mercedes-Motor OM 654 größer als der Brennraum. BMW schaltet im neuen Dieselmotor noch einen NOx-Speicherkat hinzu und Audi setzt auf ein kombiniertes SCR-Partikelfiltersystem. Richtig eingestellt, stellen moderne Dieselmotoren keine Belastung für Mensch und Umwelt dar. ■

Quellen: Statistisches Bundesamt; MWV; Energie Informationsdienst



ILLUSTRATIONEN Julian Rentzsch

WIE STEHT'S UM DIE WÄRMEWENDE?

Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter derart wie die Energiewende im Gebäudebereich. Die Bundesregierung will den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent senken. Fakt ist: Diesem ambitionierten Ziel hinkt Deutschland weit hinterher.

„Ist deshalb gleich alles schlecht? Und überhaupt: Welche Lösungsansätze versprechen Erfolg? Sind Vorschriften der richtige Weg? Was muss auf der politischen Ebene passieren, damit sich in den Heizungskellern etwas tut? Eine Debatte mit ...“



... Julia Verlinden

Energiepolitische
Sprecherin der
Bundstagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen



... Kai H. Warnecke

Hauptgeschäfts-
führer von
Haus & Grund
Deutschland



... Manfred Greis

Präsident des
Bundesverbandes der
Deutschen
Heizungsindustrie



... Dirk Arne Kuhrt

UNITI-
Geschäftsführer
für den
Wärmemarkt

„DER EINSATZ VON ERNEUERBAREN ENERGIEN MUSS VERBINDLICH SEIN“

? Frau Verlinden, sehen Sie bei der Energiewende in Deutschland Fortschritte?

— Im Stromsektor haben wir in den 16 Jahren seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) durch Rot-Grün riesige Fortschritte erzielt. Der Anteil der Erneuerbaren hat sich mehr als verfünffacht. Die erneuerbaren Energien decken heute bereits ein Drittel unseres Stromverbrauchs. Im Wärmebereich und besonders im Verkehrsbereich sieht es dagegen schlecht aus mit der Energiewende.

? Was ist nicht gut?

— **Riesige Defizite gibt es insbesondere im Wärmesektor. Die energetische Sanierung von Gebäuden kommt immer noch viel zu langsam voran, die Energieeinsparung bleibt weit hinter dem Notwendigen und Möglichen zurück.** Auch die erneuerbaren Energien stagnieren im Wärmemarkt seit Jahren auf niedrigem Niveau. Hier muss die Bundesregierung endlich wirksame Impulse für die Energiewende setzen. Dafür besteht mit der anstehenden Novellierung des Energiesparrechts im Gebäudebereich jetzt die große Chance.

? Sie haben einmal gesagt: Die sogenannte Technologieoffenheit sei nicht mehr zeitgemäß. Die Zeit der marktorientierten Umsetzung ist für Sie vorbei. Warum?

— Marktorientierung allein kann nur funktionieren, wenn die Regeln des Marktes fair und umfassend sind. Doch das ist im Energiesektor einfach nicht der Fall. **Weder die Atomkraft noch die Nutzung von Kohle, Öl und Gas spiegeln in ihren Preisen die hohen Folgekosten für Umwelt, Klima und Gesundheit wider.** Solange das so bleibt, können wir nicht auf den Markt als Regulativ setzen. Sonst müssen die nachfolgenden Generationen die Fehler von heute teuer bezahlen.

? Was sind Ihre Forderungen?

— Bei der anstehenden Novellierung des Energiesparrechts für Gebäude muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass am Ende durch Energieeinsparung und den Einsatz erneuerbarer Energien so viel wie möglich für den Klimaschutz herauskommt. Und das so kosteneffizient wie möglich. Über den besten Weg dorthin lässt sich trefflich streiten. Für uns Grüne im Bundestag gehört jedenfalls der verbindliche Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand dazu.

? Sind mehr Ordnungsrecht, Pflichten und Zwang der richtige Weg?

— Meines Erachtens ist eine Kombination aus Fördern und Fordern der richtige Weg. Wir brauchen klare Vorgaben, wie der



DR. JULIA VERLINDEN

ist seit Oktober 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin für Energiepolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ihre Doktorarbeit behandelte das Thema: „Energieeffizienzpolitik als Beitrag zum Klimaschutz. Analyse der Umsetzung der EU-Gebäude-Richtlinie in Deutschland (Bereich Wohngebäude)“.

Energieverbrauch eines Gebäudes über welchen Zeitraum zu senken ist. Dann können sich Eigentümer, Bauwirtschaft und Nutzer darauf einstellen und langfristig tragfähige Entscheidungen treffen. Im Gegenzug sind umfassende Förderprogramme notwendig, damit insbesondere für Menschen mit geringerem Einkommen warmmietenneutrale Sanierungen möglich werden. Hierfür haben wir Grüne im Bundestag mit unserem Konzept der Fairen Wärme die passenden Instrumente zusammengestellt.

? Was würde eine Umlage auf fossile Brennstoffe den Bürger kosten?

— **Mit einer Umlage könnten die hohen Folgekosten der fossilen Energien stärker eingepreist werden. Das erhöht nicht nur den Anreiz für den Umstieg auf erneuerbare Energien, sondern hilft auch beim Energiesparen.** Insofern bringt ein solches Instrument am Ende nicht zwangsläufig höhere Kosten für die Menschen. Es ist doch so: Je mehr wir heute ins Energiesparen investieren, desto besser schützen wir uns vor Preissteigerungen für Öl und Gas in den kommenden Jahrzehnten. Dazu kommt noch die Klimadividende, die wir mit jeder Tonne eingespartem CO₂ erzielen. —



MANFRED GREIS

ist Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) und Generalbevollmächtigter der Viessmann Werke.

„WIR BRAUCHEN TECHNOLOGIEOFFENE MASSNAHMEN UND VERLÄSSLICHKEIT“

Für den Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) bietet der Wärmemarkt immense und zumeist wirtschaftlich erschließbare Effizienzpotenziale. „Zudem bietet unser Markt ein beachtliches Potenzial zur Nutzung erneuerbarer Energie, etwa durch Wärmepumpen, Solarthermie oder Biomasse. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass in der Politik derzeit ein Umdenken stattfindet“, sagt Präsident Manfred Greis. **„Allerdings darf die langfristig angelegte Energieeffizienzstrategie nicht den Blick darauf verstellen, dass wir kurzfristig eine deutliche Steigerung der Austauschquote veralteter Heizungsanlagen brauchen.“**

Die Marktbelegung im vergangenen Jahr zeige aber: Der eingeschlagene Weg sei richtig. Auch durch die verbesserten Rahmenbedingungen sei der Heizungsmarkt um rund vier Prozent gewachsen. Die zum Teil deutlich verbesserten Förderanreize über das Marktanreizprogramm (MAP) und über die KfW ließen auf eine Belegung des Marktes für erneuerbare Energien hoffen. „Die Programme unterstützen den Systemgedanken“, sagt Greis. „Das heißt, sie sind grundsätzlich technologie- und energieträgerneutral und beziehen das gesamte Heizsystem mit ein: von der Wärmeerzeugung bis zur Wärmeverteilung.“

Ordnungsrecht – auch im Neubau – müsse mit Augenmaß angewendet werden. Das Beispiel Baden-Württemberg zeige dies eindrücklich. Dort habe sich Ordnungsrecht im Bestand über das Erneuerbare-Wärme-Gesetz kontraproduktiv ausgewirkt und zu Attentismus geführt. „Was wir brauchen, sind deshalb technologieoffene, stabile, an langfristigen Zielen orientierte, abgestimmte und bundesweit einheitliche Maßnahmen zur Flankierung des Marktes“, sagt Greis. „Bei den bestehenden Förderanreizen brauchen wir Verlässlichkeit.“

Nachhaltigkeit definiert der BDH als „ein Zieldreieck von Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit“. Übertragen auf die Energiewende bedeute das, dass diese auch sozialverträglich und bezahlbar gestaltet werden müsse. ■



DR. KAI H. WARNECKE

ist seit 2013 Hauptgeschäftsführer von Haus & Grund Deutschland. Seit 2014 ist er zusätzlich stellvertretender Vorstand des NaWoh e.V. sowie Mitglied im KfW-Verwaltungsrat und im Verbandsrat des Deutschen Verbands für Wohnungswesen.

„DAS DICKICHT AN REGELUNGEN VERUNSICHERT HAUSEIGENTÜMER“

? Herr Warnecke, was läuft bei der Wärmewende im Gebäudebereich aus Ihrer Sicht gut?

— Die erheblichen Investitionen, die gerade die privaten Eigentümer Jahr für Jahr tätigen, sprechen für sich. Und Daten des Bundeswirtschaftsministeriums belegen deren Wirksamkeit: Nur 18,7 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland werden für die Beheizung von Wohngebäuden genutzt. Hinzu kommt, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in Haushalten deutlich ausgeprägter ist als in anderen Wirtschaftssektoren wie Verkehr und Industrie. **Das zusammen zeigt, dass sich die privaten Hauseigentümer in Sachen Wärmewende nicht verstecken müssen. Im Gegenteil: das Erreichte muss noch deutlicher gezeigt werden.**

? Was muss besser werden?

— Das Dickicht an Regelungen und deren ständige Änderungen verunsichern die Hauseigentümer. Auf allen politischen Ebenen, in Brüssel angefangen über den Bund, die Länder bis

hinunter zu den Kommunen: das Klima wird überall geschützt. Und die dichte Novellierungsfolge der einzelnen Regularien verstärkt den Eindruck, eigentlich immer etwas falsch zu machen und vor allem nichts von Dauer zu haben, wenn man investiert. Alle Ebenen sind deshalb aufgefordert, über mindestens fünf Jahre mal innezuhalten und das Niveau, das jetzt definiert ist, in der Breite Realität werden zu lassen. Dann wäre die Wärmewende im Gebäudebereich eigentlich bereits vollzogen.

? Welche Lösungsansätze sollten verfolgt werden?

— Wichtig ist, dass die Hauseigentümer auch zukünftig aus einer freien Entscheidung heraus in die energetische Qualität ihres Hauses investieren. Vieles ist aus ökonomischen Gründen ja durchaus sinnvoll. Und schließlich muss die Wahl der Mittel erhalten und gestärkt werden. Wir dürfen uns nicht auf wenige Technologien, die es heute bereits gibt, festlegen. Wir brauchen die Technologieoffenheit, um bessere und günstigere Wege für die Wärmewende entdecken und marktreif machen zu können. Deshalb halte ich es auch für kurzfristig, heute die Maßnahmen in Richtung eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands definieren zu wollen, wie es die Bundesregierung

derzeit tut. Niemand weiß heute, wie die Welt in 30 Jahren aussieht und welche technologischen Mittel uns dann zur Verfügung stehen.

? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu mehr Ordnungsrecht, Pflichten und Zwang?

— Zwang darf in einer sozialen Marktwirtschaft nur die absolute Ausnahme sein. Ein Grund kann massives Marktversagen sein. Das sehe ich bei der Wärmewende im Gebäudebereich nicht. Bislang verzichtet die Politik glücklicherweise auch weitgehend auf Zwang, wenn es um die energetische Modernisierung des Gebäudebestands geht. Das ist sinnvoll und ökologisch sicher der richtige Weg. Was passiert, wenn die Hauseigentümer gezwungen werden, im Zuge eines Heizungsaustauschs auch mit erneuerbaren Energien zu heizen, kann in Baden-Württemberg beobachtet werden: der Heizungsaustausch wird so lange wie möglich hinausgezögert, die alten Anlagen werden solange wie möglich am Laufen gehalten. Der Grund ist klar: Die Nutzung erneuerbarer Energien ist oft noch zu teuer. Für viele Hauseigentümer – insbesondere die älteren – rechnet sich diese Investition nicht. —



DIRK ARNE KUHRT

ist Geschäftsführer des UNITI Bundesverbandes mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. und für den Wärmemarkt zuständig.

„UNERLÄSSLICH SIND BÜRGERNÄHE, WIRTSCHAFTSORIENTIERUNG UND GLOBALES DENKEN“

Was bedeuten die Beschlüsse von Paris für die energiepolitische Agenda des „Energiewende-Vorreiters“ Deutschland und den hiesigen Wärmemarkt? Werden die deutschen Konzepte von anderen Ländern als nachahmenswert angesehen?

Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass hiesige energiepolitische Entscheidungen vor allem dann korrigiert werden, wenn internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, Sozialverträglichkeit und Wählergunst auf dem Spiel stehen – Beispiele: die EEG-Umlagebefreiung oder die CO₂-Klimaabgabe für Kohlekraftwerke. Energiepolitische Schlingercurse sind ineffizient und nicht geeignet, sowohl die Bürger im Land als auch andere Staaten, auf die es nach Paris eigentlich ankommt, von „Energiepolitik made in Germany“ zu überzeugen.

Das Schlüsselinstrument für die Wärmewende wäre die technologieoffene steuerliche Förderung energetischer Sanierungen im Gebäu-

de- und Heizungsbestand gewesen – aus gutem Grund von der Wirtschaft branchenübergreifend und ausdauernd gefordert, aber aus parteitaktischen Gründen im vergangenen Jahr wohl politisch endgültig begraben. Auch das kein gutes Zeichen an die internationale Staatengemeinschaft. Gerade nach den Pariser Klimabeschlüssen und angesichts der bisherigen Erfahrungen sollte die Politik hierzulande den intensiven Dialog mit Bürgern und Wirtschaft pflegen, und das am besten schon vor der Erklärung von Zielen, Strategien und Programmen – damit keine Energie mehr für nachträgliche Korrekturen verpufft und die Wärmewende effizienter wird. Für diesen Dialog sind die namhaften Verbände und Verbändeallianzen die idealen Partner. —

Still ruht der See

TEXT Frank Burger

Normalerweise löst der Bau von Pumpspeicherkraftwerken Proteste aus. Ganz anders im nordrhein-westfälischen Kreis Höxter: Dort finden Bürger die Idee prima. Dennoch kommt das Projekt nicht voran.

Wann immer in Deutschland Pläne für ein Pumpspeicherkraftwerk an die Öffentlichkeit gelangen, protestieren Konservative, Umweltschützer, Bauern und Tourismusvertreter gegen den Flächenverbrauch, Eingriffe in die Natur und die Verlegung von Wanderwegen.

Umso mehr lohnt der Blick ins Weserbergland. Denn auf dem Gebiet der nordrhein-westfälischen Gemeinden Höxter und Beverungen will der Stadtwerkeverbund Trianel ein Pumpspeicherkraftwerk bauen – und fast alle Bürger sind einverstanden. Dennoch hat der potenzielle Betreiber das Projekt auf Eis gelegt. Denn Pumpspeicherkraftwerke sind derzeit „wirtschaftlich nicht darstellbar“, sagt Trianel-Sprecher Elmar Thyen.

Dabei macht das Unternehmen von Anfang an vor allem eines richtig: Es kommuniziert sein Vorhaben transparent und informiert im Frühsommer 2011 die Gemeinderäte über die Eckdaten des geplanten Kraftwerks. Das Unterbecken soll im Beverunger Ortsteil Amelunxen entstehen, gespeist vom namensgebenden Flüss-

chen Nethe, das Oberbecken auf dem Gebiet der Stadt Höxter. Die erwartete Leistung beträgt 390 Megawatt, Ende 2020 könnte das Kraftwerk ans Netz gehen.

Es folgen öffentliche Informationsveranstaltungen, bei denen die Fragen der Bürger ernst genommen werden. In Amelunxen bildet sich ein Arbeitskreis. Diskutiert wird unter anderem: Wie funktioniert der Hochwasserschutz? Wie hoch wird der Damm des Unterbeckens sein und wird er das Ortsbild stören? Wird der Artenschutz gewährleistet?

„Die Informationspolitik von Trianel war sehr gut“, sagt Christian Haase, der frühere Beverunger Bürgermeister und heutige Bundestagsabgeordnete für die CDU. „Der offene Dialog mit der Bevölkerung war vorbildlich“, sagt Friedhelm Spieker, Landrat des Kreises Höxter. „Äußerst professionell geplant“ sei das Projekt, so der jetzige Bürgermeister von Beverungen, Hubertus Grimm. „Die Bevölkerung steht dahinter, da in unserer strukturschwachen Region während der

Vorbildlicher Dialog
mit den Bürgern



„Das Geld nimmt niemand in die Hand, solange sich Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland nicht rechnen.“

Elmar Thyen,
Sprecher des
Stadtwerkeverbundes Trianel

Einstimmigkeit bei
allen Beteiligten



Ein Leserbrief mit Folgen:

Hubertus Fehring, CDU-Landtagsabgeordneter in NRW und Leser von *energie + Mittelstand*, machte die Redaktion auf das Thema aufmerksam.

Bauphase Arbeitsplätze entstehen und die Stadt durch Gewerbesteuererinnahmen profitiert.“

Die Gemeinderäte votieren einstimmig für den Bau. Ende 2012 gibt die Bezirksregierung grünes Licht. Aber bis heute ist an der Nethe noch kein Spatenstich getan. Warum? „Der nächste Schritt wäre das Planfeststellungsverfahren“, sagt Thyen, „allein das würde einen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Die nötigen Gesamtinvestitionen für das Kraftwerk liegen bei 500 Millionen Euro. Dieses Geld nimmt niemand in die Hand, solange sich Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland nicht rechnen.“

Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums über Pumpspeicherkraftwerke bestätigt das. Darin heißt es, dass die Anlagen „unter den heutigen Marktbedingungen zu geringe Deckungsbeiträge erwirtschaften“. Diese seien „so gering, dass die großen Investitionskosten nicht amortisiert werden können“. Viele Jahre waren die Anlagen ein gutes Ge-

schäft: Nachts wurde Wasser mit billigerem Strom aus dem Unterbecken ins Oberbecken gepumpt, tags floss es wieder nach unten, trieb die Turbinen an und erzeugte teureren Strom. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Die Preisunterschiede zwischen Tag- und Nachtstrom sind deutlich geringer, Wind- und Solaranlagen erzeugen tagsüber so viel Energie, dass bisweilen sogar ein Überangebot herrscht – Pumpspeicherkraftwerke nehmen die Energie auf, statt sie wie früher gewinnbringend zu erzeugen.

Die Funktion als Stromspeicher aber macht Pumpspeicherkraftwerke zu einem wichtigen Puzzleteil in der geplanten Energiewende, denn je höher der Anteil an Strom aus Erneuerbaren, desto größer die Netzschwankungen. Man könnte die Anlagen als Bestandteil des Netzes betrachten. Doch sie gelten in Deutschland als „Letztverbraucher“ und müssen Gebühren für die Nutzung des Stromnetzes zahlen – der zweite Grund, warum sie derzeit unrentabel sind.

Große wirtschaftliche Belastungen

Für eine Änderung der Regelung sprechen sich der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) und die Deutsche Energie-Agentur (dena) aus. Der bei der Einspeicherung aus dem Netz bezogene Strom dient laut BDEW nur der Wiedereinspeisung. dena-Chef Andreas Kuhlmann ergänzt: „Pumpspeicher dienen dem System. Die Einstufung als Letztverbraucher führt zu großen wirtschaftlichen Belastungen und sollte zurückgenommen werden.“

Thomas Engelke, Leiter des Teams Energien und Bauen des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, sagt indes: „Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation einzelner etablierter Technologien führt zu Marktverzerrungen, behindert den Wettbewerb der Technologien und sollte daher unterbleiben.“

Für Trianel-Sprecher Thyen steht fest: „Eine langfristige Befreiung von den Netzentgelten würde die Wirtschaftlichkeit deutlich verbessern. Aber vor der Bundestagswahl wird das nicht geschehen.“ Man müsse bei Projekten wie dem Pumpspeicherkraftwerk in Dekaden denken: „Wenn die Rahmenbedingungen sich verbessern, werden die Karten neu gemischt.“

in Ihrer Ausgabe 3- 2015 berichten Sie u.a. über das fast als schizophren zu bezeichnende Verhalten von Bürgern und vor allem von „Umweltschützern“ beim Thema Pumpspeicherwerk.

Als Abgeordneter des Kulturlandkreises Höxter kann ich Ihnen erfreulicherweise aber auch über ein positives Beispiel berichten.
In meinem Wahlkreis könnte sofort mit dem Bau eines 390 MW Speichers begonnen werden, wenn denn die wirtschaftlichen Bedingungen für den Investor - in diesem Fall die Firma Trianel - nachhaltig wären.
Bevölkerung, Lokalpolitik, Verwaltung, die Bezirksregierung bis hin zum Ministerium unterstützen das Projekt.
Die Bremser sitzen in Berlin



Quellen: Aral-Preisdatenbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

1965

32,9 Cent pro Liter Benzin

Durchschnittlicher Stundenlohn 2,17 Euro

Voller Tank nach 7 Stunden und 30 Minuten

ALLES RELATIV:
IN DEN 60ER-JAHREN WAR SPRIT
DEUTLICH TEURER

2015

1,37 Euro pro Liter Benzin

Durchschnittlicher Stundenlohn 16,51 Euro

Voller Tank nach 4 Stunden und 9 Minuten

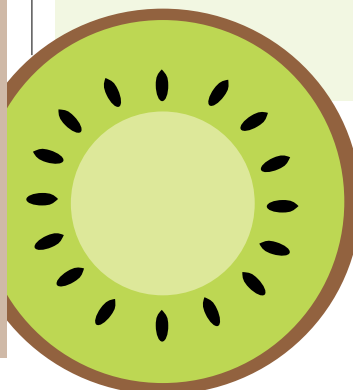
Heute wird der Tank schneller voll

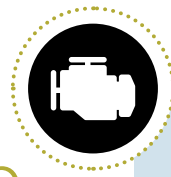
Beatmusik, Pilzköpfe und Minirock: Im Schwarzwald arbeitet die Firma Oest daran, das Lebensgefühl der Swinging Sixties wieder aufleben zu lassen. In Kniebis an der Bundesstraße 28 baut das Unternehmen eine Tankstelle zum Gesamtkunstwerk um – inklusive Wurllitzer-Musikbox und Retro-Werkstatt. Dabei wird das Beste aus zwei Welten kombiniert: Die Zapfsäulen werden mit modernster Technik ausgestattet und so aussehen wie vor 50 Jahren. Wer dann den Tankdeckel öffnet, hat

allen Grund zur Freude. Denn im Vergleich zu damals müssen Autofahrer heute für eine Tankfüllung deutlich weniger arbeiten. Im Jahr 1965 kostete der Liter Benzin laut Aral-Preisdatenbank umgerechnet 32,9 Cent, der durchschnittliche Stundenlohn lag bei 2,17 Euro. Macht pro 50-Liter-Füllung siebeneinhalb Stunden. Im vergangenen Jahr war der Tank – bei 1,37 Euro pro Liter und einem Stundenlohn von 16,51 Euro – schon nach etwas mehr als vier Stunden randvoll. ■

GRÜN-SCHWARZ IST DIE HOFFNUNG

Grüne Handschrift mit viel schwarzer Tinte: So beschreiben die Kiwi-Koalitionäre den politischen Fahrplan Baden-Württembergs für die kommenden fünf Jahre. Tatsächlich wirkt der Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz wie ein hart umkämpfter Kompromiss. Schließlich muss die neue Landesregierung gerade im Energiesektor nachbessern. Die im Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) verankerte Zwangsquote, die Heizungsanierer verpflichtet, 15 Prozent der Heizwärme und Warmwasseraufbereitung mit Erneuerbaren zu decken, führte zu einem völligen Attentismus der Bürger. Und in Baden-Württembergs Heizungskellern ist der Sanierungsbedarf besonders hoch. Da wundert es nicht, dass viele Eigenheimbesitzer ihre Hoffnung in die frisch formulierten Worte „Versorgungssicherheit“ und „Bezahlbarkeit“ setzen. Darüber hinaus kündigt Grün-Schwarz im Koalitionsvertrag an, das jetzige EWärmeG „einer umfassenden Evaluierung“ zu unterziehen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Dabei will die Koalition prüfen, ob eine deutliche CO₂-Einsparung gegenüber dem Ist-Stand „auch bei einem Einsatz von herkömmlicher Technik honoriert werden kann“. Moderne Technologien wie Öl-Brennwertgeräte mit fast 100-prozentigem Nutzungsgrad sorgen dank hoher Effizienz auf jeden Fall für ein prima Klima. ■





Autogas hängt alle ab

Autogas ist die beliebteste Alternative zu Benzin- und Dieselmotoren. Und eine neue Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes belegt: Die rund 500.000 Autofahrer, die auf den Kraftstoff setzen, machen alles richtig. Die Wissenschaftler haben den Stickoxid-Ausstoß drei gleichartiger Opel-Astra-Modelle mit unterschiedlichem Antrieb verglichen. Gemessen wurden die NOx-Emissionen in Milligramm pro Kilowattstunde. Das Autogasfahrzeug hängt

Benziner und Diesel ab, stieß auf dem Rollenprüfstand nur 2 mg NOx/kWh aus, im Straßenbetrieb waren es 10 mg NOx/kWh. Der zugelassene Höchstwert für Diesel beträgt 400 mg NOx/kWh. Dabei schont Autogas nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel: Im Juni kostete ein Liter LPG, wie Autogas international abgekürzt wird, durchschnittlich 51 Cent. Der Kraftstoff ist in Deutschland an rund 7.000 Tankstellen verfügbar. ■

STROMHEIZUNGEN: EIN TEURES VERGNÜGEN



Elektrische Nachtspeicherheizungen sollen eine wichtige Rolle in der Energiewende spielen, indem sie überschüssigen Strom aus Erneuerbaren in privaten Speicherheizungen zwischenlagern. „Die Praxis ist aber leider schwierig“, sagt Roland Scharathow, Energieexperte der Verbraucherzentrale Berlin. „In bestimmten Regionen, etwa dem dünn besiedelten Norden Deutschlands, sind gar nicht genug Speicherheizungen angeschlossen, um die Netze spürbar zu entlasten.“ Hinzu komme, dass die Geräte auch dann Strom zum Heizen brauchen, wenn dieser knapp und teuer ist – und nicht nur an den paar Tagen mit überschüssiger Energie. „So bleiben Nachtspeicher-

heizungen in erster Linie Strom- und Geldfresser“, sagt Scharathow. Der Energieexperte warnt zudem davor, stattdessen auf Infrarot-Flächenheizungen zu setzen, die als kostengünstige und umweltfreundliche Alternative beworben würden. Da sie mit einem etwas höheren Anteil an Strahlungswärme heizen, genügen laut Herstellern zwar niedrigere Raumtemperaturen für ein gutes Wohnklima. Doch verbrauchten Infrarot-Flächenheizungen vor allem tagsüber Strom. Scharathow: „Diese hohen Betriebskosten werden auch durch die relativ niedrigen Anschaffungskosten nicht wettgemacht.“ ■

Her mit der Kohle!



Von wegen alles Klau, Kopie und Plagiat: In China werden sie jetzt erfinderisch. Vor dem Elektrizitätswerk der Stadt Luoyang rollen die Lastwagen an – beladen mit Tonnen von Banknoten. Diese werden allerdings nicht verjubelt, sondern mit großer Freude verbrannt. „Es ist eine gute Art der Energiegewinnung“, sagt ein Sprecher der chinesischen Notenbank. Denn eine Tonne dieser für zu alt oder nicht mehr hübsch genug befundenen Scheine soll bis zu 660 Kilowattstunden Strom erzeugen. Es heißt, allein die Provinz Henan, in der die Stadt Luoyang liegt, könne so pro Jahr 4.000 Tonnen Kohle sparen. Und seitdem die Zentralbank im November des vergangenen Jahres neue 100-Yuan-Noten (umgerechnet knapp 14 Euro) eingeführt hat, ist für ausreichend Brennmaterial gesorgt. Was von der Idee „Lieber Kohle statt Kohle“ schließlich übrig bleiben wird, dürfte jetzt schon klar sein: Asche ohne Ende.

2017

Mindestens bis zum kommenden Jahr bleibt das Ölpreisniveau nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) stabil. Erst dann würden sich Angebot und Nachfrage wieder angleichen. Allerdings – und das ist nur die erste gute Nachricht für Ölheizher – dürften die großen Lagerbestände einen Anstieg der Ölpreise deutlich bremsen. Die Bundesregierung rechnet in ihrer Jahresprojektion für 2016, der eine technische Annahme zugrunde liegt, sogar mit einem Jahresdurchschnittspreis von nur 34 US-Dollar je Barrel der Rohölsorte Brent. Bis zum Jahr 2020 wird ein Preisanstieg auf 49 US-Dollar genannt. Und das wäre immer noch deutlich günstiger als in den Jahren 2005 bis 2015.

Das Energiebündel

TEXT Florian Flicke

Seit 145 Jahren ist der stetige Wandel für die Knittel MobileEnergie die Überlebensmaxime. Der Energiehändler aus Fulda sichert seine Existenz im umkämpften und regulierten Markt dank Innovationen und Topservice. Schlüssel zum Erfolg: Selbstvertrauen, Kooperationen sowie der Mut, sich einzumischen.



Servicedenke

Vom Fahrer bis zur Sekretärin: Die ausgeprägte Dienstleistungsbereitschaft der 70 Mitarbeiter ist das Markenzeichen der Fuldaer Firma.

Das Jahr 1871 war für Deutschland ein besonders historisches: Nach dem Sieg Preußens im Deutsch-Französischen Krieg wird das Deutsche Reich gegründet – und Wilhelm I. zum Kaiser gekürt. Heute, 145 Jahre später, ist das Kaiserreich Geschichte. Andere Gründungen von 1871 haben dagegen bis heute Bestand. 1871 gründeten etwa die Brüder Romanus und Wilhelm Knittel die Firma „J. Knittel Söhne“. Das Fuldaer Unternehmen handelte anfangs mit Weberartikeln. Nach dem Niedergang der Textilindustrie in Deutschland entdeckten die geschäftstüchtigen Brüder dann

die Möbelspedition, bis sie schließlich auf die Kohle kamen.

Energie prägt bis heute das Gesicht des Unternehmens. „Das ist das Fundament, auf dem wir stehen. Und zugleich markiert es die Basis für neue Triebe, die Voraussetzung sind für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung unserer mittelständischen Firma“, sagt Udo Weber. Er ist – an der Seite seiner Frau Uta Knittel-Weber – Geschäftsführer von Knittel MobileEnergie, wie die Fuldaer heute heißen. Rund 70 festangestellte Mitarbeiter beschäftigt das Unternehmen derzeit.

Auf seine eingeschworene Truppe lässt Weber rein gar nichts kommen und pflegt „die Politik der offenen Tür“: Wenn und wann immer etwas zu besprechen sein sollte, können die Mitarbeiter aus Vertrieb, Logistik und Verwaltung unkompliziert im Chefbüro vorbeischauen. Die hohe Zufriedenheit der Mitarbeiter zeigt sich laut Udo Weber, der in Personalunion auch Vorsitzender des Vorstandes der UNITI ist, „in einer auffallend niedrigen Fluktuation“. Für Knittel MobileEnergie ist die hohe Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen überlebenswichtig. Nur



Wertschöpfend

Knittel MobileEnergie versorgt – und wartet zugleich seine eigenen und fremde Tankstellen.

VOM LEINENHÄNDLER

ZUM VOLLSORTIMENTER

- 1871: Gründung von „J. Knittel Söhne“ durch die Brüder Romanus und Wilhelm Knittel – die Firma handelt zum Start mit Webereiartikeln, später mit Möbeln und Kohle.
- 1961: Einstieg ins Mineralölhandelsgeschäft; erster Markenvertrag mit der Deutschen Erdöl AG.
- 1990/1991: Tochter Uta Knittel-Weber und Ehemann Udo Weber treten in die Geschäftsleitung ein.
- 2007: Umfirmierung zu Knittel MobileEnergie.
- 2010: Ausbau des Produktangebots vom reinen Mineralöllieferanten zum regionalen Energieversorger mit Heizöl, Erdgas, Pellets und Strom.
- Heute betreibt Knittel MobileEnergie 80 Tankstellen in Hessen, Thüringen, Nordbayern und Baden-Württemberg – darunter 64 AVIA- und 16 Shell-Stationen. Die hauseigene Marke Fulmin wird für Tankstellen im Niedrigpreissegment verwendet.



Energiehändlern und Kunden ein. „Und die Zeche dafür zahlt allein der Händler“, ärgert er sich. Doch Ärger wandelt Weber in positive Energie um – und mischt sich ein für die mittelständische Sache. Auf lokaler Ebene, aber seit Jahren auch als Vorstandsvorsitzender von UNITI.

Berufspolitische Einmischung bedeutet das Bohren dicker Bretter. Doch Weber hat die nötige Ausdauer dafür – und sein Unternehmen mit nunmehr fast anderthalb Jahrhunderten erfolgreicher Geschichte sowieso. Die Händler aus Fulda wissen nur zu gut: Nichts ist sicher. Erst Webereiartikel, Möbel, Kohle, dann Mineralöl und jetzt Energie in jeglicher Form, von Heizöl über Erdgas und Pellets bis hin zum Strom – Knittel hat bereits mit sehr vielem gehandelt, weil Wirtschaft eben auch immer stetigen Wandel bedeutet. „Wer seine Firma fit für die Zukunft machen möchte, muss regelmäßig über den Tellerrand hinausschauen.“

Im regionalen Wärmemarkt mit einem Radius von 50 Kilometern rund um Fulda spielt Knittel eine bedeutende Rolle. Dazu trägt die enge Zusammenarbeit mit ansässigen Heizungsbauern bei – bei gemeinsamen Messeauftritten oder Ansprachen von Kunden.

Auch fernab der Heimat ist Knittel aktiv, nimmt Chancen wahr, erschließt in einem Markt, der von Konzentration geprägt ist, attraktive Nischen und sucht Kooperationen mit Partnern wie AVIA: 80 Tankstellen betreibt Knittel in Hessen, Thüringen, Nordbayern und Baden-



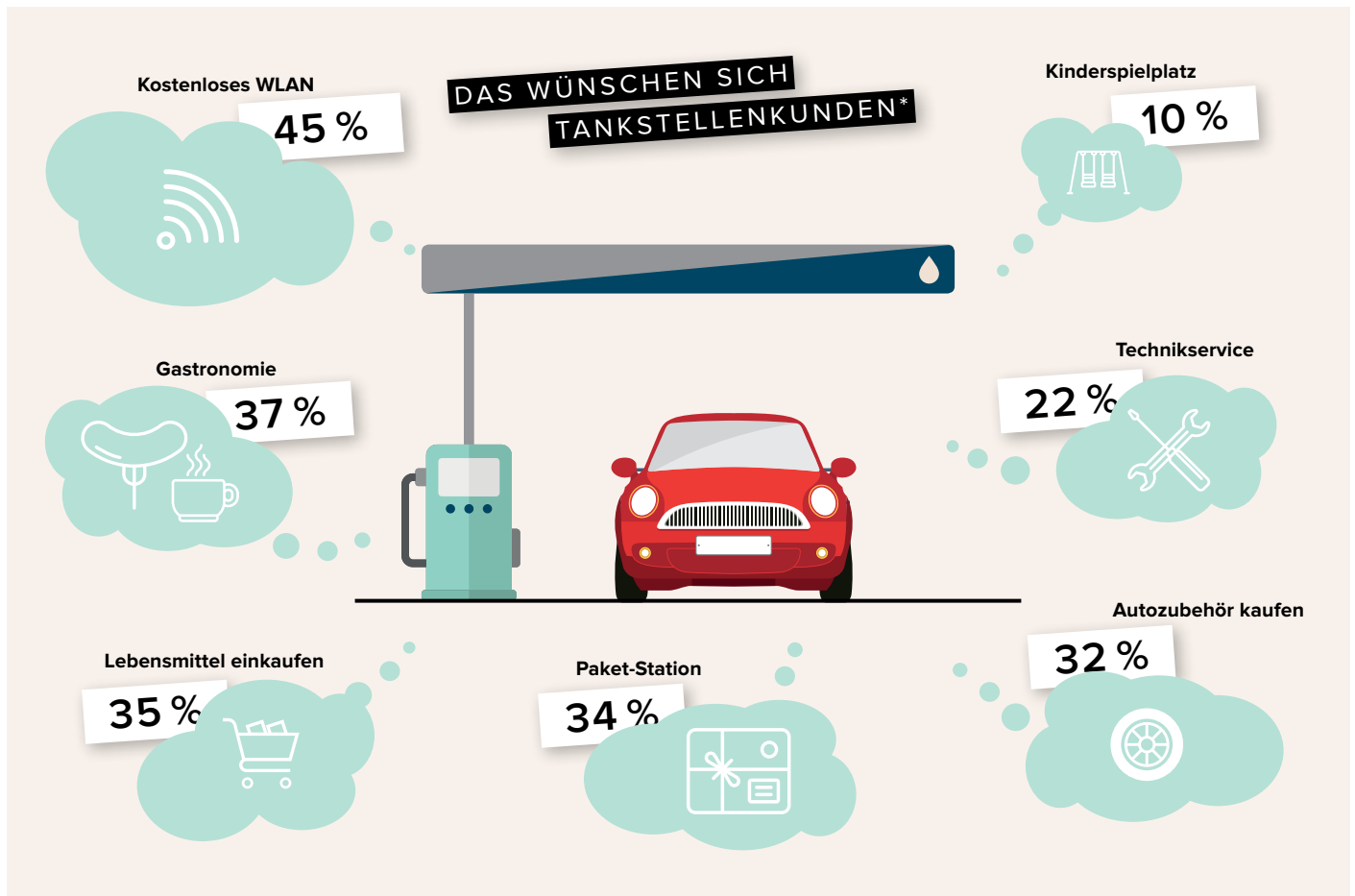
„Wer seine Firma fit für die Zukunft machen möchte, muss regelmäßig über den Tellerrand hinausschauen.“

Udo Weber,
Geschäftsführer
Knittel MobileEnergie

wenn alle in der Mannschaft motiviert an einem Strang ziehen, kann es ein Mittelständler wie Knittel MobileEnergie dauerhaft am Markt schaffen. „Der Energiemarkt ist hart umkämpft und überdies stark reguliert“, sagt Weber. Nicht nur die Politik, selbst die Justiz wirft den mittelständischen Händlern immer wieder Knüppel zwischen die Beine.

Jüngster und besonders absurder Fall: Das Urteil des Bundesgerichtshofs zum Widerrufsrecht von Kunden bei Heizöllieferungen. Damit, meint Weber, greife die Justiz völlig unnötig in die seit langem guten Beziehungen zwischen

Württemberg – darunter 64 AVIA- und 16 Shell-Stationen. Die Tankstationen sorgen für rund 70 Prozent des Umsatzes. Zudem hält Weber große Stücke auf das Konzept der vollautomatisierten Tankstelle. Dort können Kunden per Kartenzahlung tanken – und somit von einem Service profitieren, den diese vier Adjektive genau beschreiben: schnell, sauber, sicher, preiswert. ■



Surfen zwischen Sprit und Spielplatz

SEK — DIE TANKSTELLE IST FÜR VIELE MEHR TREFFPUNKT ALS FUNKTIONALER ORT

Deutschlands 14,5 Millionen Autofahrer machen gern Strecke: Während die Lebenshaltungskosten für private Haushalte in den vergangenen Monaten gestiegen sind, sanken die Kosten fürs Auto im vergangenen Jahr um 3,6 Prozent. Bei einem Mittelklassewagen waren das bis zu 400 Euro. Allein die Kraftstoffpreise sanken um 13,5 Prozent und höhere Anschaffungskosten für Neuwagen, teurere Reparaturen, Ersatzteile sowie Garagenmieten fielen dadurch weniger ins Gewicht. Doch selbst wenn die Spritpreise wieder anziehen – die Tankstelle genießt ein gutes Image. Für viele Autofahrer ist sie längst mehr als ein Ort, an dem nur rasch getankt wird. So steht kostenloses Surfen im Internet ganz oben auf dem Wunschzettel. Jeder zweite Autofahrer würde sich über schnelles WLAN freuen. Selbst Dienstleistungen, für die es Spezialisten gibt, sähen sie dort gern: Gastronomische Angebote wünschen sich 37 Prozent und 35 Prozent die Möglichkeit, Lebensmittel einzukaufen. Eine Paket-Station finden 34 Prozent sinnvoll. Erst dann kommen Autozubehör und Technikservice rund ums Fahrzeug. Manch einer sehnt sogar einen Kinderspielplatz herbei. Kein Wunder: Einmal ordentlich getobt, verfliegen die kommenden Kilometer für den Nachwuchs im Schlaf und für die Eltern im Nu. —



initiative
autogas

Wir stehen für Autogas

UNITI, MWV UND DVFG

Erfolgreiche Energiewende

nur mit freier Wahl der Heizungstechnik!



Moderne, dezentrale Heizungs-, Ofen- und Schornsteinsysteme sind unter Einbindung erneuerbarer Energien mit hohen Wirkungsgraden äußerst effizient und bieten neben Wohnkomfort und Behaglichkeit ein hohes Maß an Flexibilität sowie Unabhängigkeit.

Individuell geplant, sind sie die verbraucherorientierte Alternative zu monopolistisch geprägten Nah- und Fernwärmenetzen mit Anschluss- und Benutzungszwängen sowie Verbrennungsverboten.

Freie Wärme
Unabhängig, individuell und umweltfreundlich heizen!

Kontakt für weitere Informationen und Services: **Allianz Freie Wärme**
www.freie-waerme.de | info@freie-waerme.de | [@FreieWaerme](https://twitter.com/FreieWaerme)

UNITI – Der Mineralölmittelstand

Wir repräsentieren und versorgen in Deutschland*



70 Prozent
... der freien Tankstellen,



50 über
Prozent
... des Schmierstoffmarktes,



... täglich
4,5 Millionen
Kunden an ihren Tankstellen,



40 über
Prozent
... des Tankstellenmarktes,



42 Prozent
... des Marktes
für Autogas,



20 Millionen
... Menschen mit Wärme,



80 Prozent



... des Marktes für Flüssige
und Feste Brennstoffe.

* Alle Angaben sind Circa-Angaben (Stand Juni 2016)



Der Mineralölmittelstand
im Portrait

Energie bewegt uns 
UNITI

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. · Jägerstraße 6 · 10117 Berlin
T. (030) 755 414-300 · F. (030) 755 414-366 · info@uniti.de · www.uniti.de